

Geschlossene Unterbringung Feuerbergstraße mit Minderjährigen Unbegleiteten Flüchtlingen belegt

Presseinformation zur Situation der Flüchtlinge Von kein mensch ist illegal, Hamburg

In den 1990er Jahren ist Hamburg die Stadt mit den meisten minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen in Deutschland gewesen. Noch 2001 gab es ca. 450 Plätze in den Erstversorgungseinrichtungen. Seitdem hat die Stadt mit einer Reihe von restriktiven Maßnahmen dafür gesorgt, dass in manchen Monaten weniger als 10 minderjährige Flüchtlinge in Hamburg ankamen, um zu bleiben und sich in die Obhut der Stadt zu begeben.

Für die Stadt ging die Rechnung auf: Seit Jahren gibt es nur noch eine Erstversorgungseinrichtung für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge mit 14 Plätzen in Hamburg. Und selbst diese kleine Einrichtung war zu Beginn des vergangenen Jahres zeitweise nicht ausgelastet, weil die Zahl der Neuankömmlinge so gering war. Im Herbst 2008 hat sich dies geändert, weil wieder mehr minderjährige Flüchtlinge Hamburg erreichen. Schon Ende letzten Jahres war die Erstversorgungseinrichtung überbelegt. Die neu Ankommenden wurden im Kinder- und Jugend-Not-Dienst (KJND) untergebracht. Bis Anfang 2009 hat sich die Anzahl mehr als verdoppelt, so dass zur Zeit 31 minderjährige unbegleitete Flüchtlinge dort leben müssen. Die Einrichtung ist für Notfälle und kurze Aufenthaltsdauer ausgelegt. Den jugendlichen Flüchtlingen wurde ein Wechsel nach 2 bis 3 Wochen versprochen, tatsächlich sind einige schon zwei bis drei Monate im KJND untergebracht.

Aufgrund der anhaltend hohen Belegung und der offensichtlichen Unmöglichkeit, schnell geeignete Plätze für die Jugendlichen zu finden, hat der Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung (LEB) seit Mitte Januar begonnen, Minderjährige Unbegleitete Flüchtlinge in die ehemals geschlossene Unterbringung der Feuerbergstraße zu verlegen. Die von Senator Schill eingeführte geschlossene Unterbringung für Jugendliche wurde von Beginn an als Jugendknast ohne Verurteilung von pädagogischen Fachkreisen abgelehnt. Die Anlage, die mit einem monströsen Zaun umgeben und randalesicher ausgebaut ist, wurde nach vielen Skandalen schließlich als ungeeignet für Problemjugendliche geschlossen. Erstrecht widerspricht sie sämtlichen Anforderungen, die von einer Erstversorgung für jugendliche Flüchtlinge erfüllt sein müssen. Es zeigen sich auch die gleichen Probleme wie schon in der geschlossenen Unterbringung: Wenn die Sozialarbeiter nicht da sind, ist der Wachdienst der einzige Ansprechpartner für die Bewohner.

Darüber hinaus ist die Feuerbergstraße mehr als ungeeignet, neu ankommende, oftmals traumatisierte Menschen aus anderen Kulturen und ohne Sprachkenntnisse für mehrere Wochen zu beherbergen. Die für die jungen Flüchtlinge vorübergehend neu eingestellten Mitarbeiterinnen sind mit der Begleitung der Behördengänge ausgelastet bzw. überlastet. Eine angesichts der Problemlage dringend notwendige Betreuung steht nicht zur Verfügung. Es besteht die Gefahr, dass Jugendliche in dieser Situation dekompensieren, d.h. ihre psychische Struktur so aus den Fugen gerät, dass sie sich selbst oder andere gefährden, und in diesen Situationen nur unzureichend ausgebildetes und überfordertes Personal in der Nähe ist.

Aber nicht nur psychische Belastungszustände bleiben unversorgt. Die Jugendlichen berichten, dass selbst Zahnschmerzen, Hautallergien und grippale Infekte verspätet oder von fachfremden Personal unsachgemäß behandelt werden.

Auch was die Versorgung mit Lern- und Beschäftigungsmöglichkeiten angeht, ist die Notaufnahme komplett überfordert: Es gibt inzwischen zwar die Möglichkeit, einen Deutschkurs in einer Schule in Eppendorf (Lehmweg) zu besuchen, dieser ist mit zwei Stunden täglich jedoch in keiner Weise ausreichend und es fehlt außerdem eine muttersprachliche Betreuung, die gerade für die erste Orientierung wichtig ist. Weitere Beschäftigungsmöglichkeiten werden zwar versprochen, es fehlt jedoch an Dauer und Betreuung: so ist die angrenzende Sporthalle 2 Stunden in der Woche für die jugendlichen Flüchtlinge offen.

Die Minderjährigen Unbegleiteten Flüchtlinge in der Feuerbergstraße fordern:

- Andere Unterkünfte, in denen sie selbstständiger und weniger isoliert leben können
- Keine Heimunterbringung, sondern das Recht auf Privatsphäre
- Die Möglichkeit, dass Verwandte (Brüder, Cousins) zusammen wohnen können
- Längerer Unterricht mit muttersprachlicher Begleitung
- Ernstgenommen werden mit ihren Bedürfnissen und Problemen (z.B. Krankheiten)